Sehr geehrter Bundestagsabgeordneter a.D. Uli Petzold!

Sehr geehrte Landtagsabgeordnete Dr. Anja Schneider und Jörg Bernstein!

Sehr geehrte Gemeindemitglieder, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich für die Ehre, dass ich heute als Ihre direkt gewählte CDU-Landtagsabgeordnete des Wahlkreises 27, zu dem auch Teile Dessaus und Roßlau gehören, zu Ihnen sprechen kann.

Wir feiern heute zum 32. Mal den Tag der Deutschen Einheit.

Dabei läutet die Friedensglocke von Dessau auch als ein Widerhall der Freiheitsglocke, die am 3. Oktober 1990 um Mitternacht in Berlin geläutet wurde, unter dem Jubel von 100.000en Menschen.

Ich bin heute noch dankbar für die Entscheidung meiner Eltern, an diesem historischen Tag mit meinem 13jährigen Bruder und mit mir, damals 16, nach Berlin zu fahren. Wir gingen die völlig überfüllte Straße "Unter den Linden" bis zum Reichstag und stellten uns in die wogende Menschenmenge. Dort warteten wir bis Mitternacht um den Beitritt der DDR zur BRD mit Freiheitsglocke-Läuten und Fahnehissen zu erleben. In der Wartezeit wurden Blitzknaller in die Menschenmenge geworfen, meine Mutter bekam Angst und mein Vater ging mit ihr aus der Menge. Mein Bruder und ich blieben zusammen und passten aufeinander auf.

Wir verstanden, dass dies ein historischer Moment ist und bestaunten die aufgewühlte Feierlaune auf unserem langen Marsch zurück zum Auto, der vor einem großen Laserstrahl vom Brandenburger Tor aus begleitet wurde.

Sicherlich werden wir heute viele Reden über die Erfolge der Deutschen Einheit hören. Und das auch zurecht!

Aber als Landtagsabgeordnete, die täglich Gespräche in ihrem Wahlkreis führt, möchte ich meinen Fokus heute etwas anders setzen.

WAS für eine Euphorie am 3. Oktober 1990 herrschte!
Und heute?

Feierstimmung möchte dieser Tage nicht so recht aufkommen.

Zu sehr sind die Menschen aktuell mit ihren Sorgen und berechtigten Ängsten beschäftigt. Insbesondere im Osten Deutschlands scheint sich vielerorts das Gefühl breit zu machen, nach 32 Jahren immer noch nicht ganz angekommen zu sein.

Stattdessen jagte eine Herausforderung die nächste.

Zuerst war da dieser Kraftakt, sich quasi über Nacht in ein völlig neues, komplett anderes Gesellschaftssystem zu integrieren. Sich einen Weg zu bahnen zwischen zusammenbrechenden alten und nur rudimentär vorhandenen neuen Strukturen.

Diesem folgte die Erfahrung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, viele Ostdeutsche, die eben noch voller Aufbruchs-Elan und Tatendrang waren, vor die Fabriktore setzte.

Gefolgt von der Trauer über den Wegzug so vieler kluger Köpfe, die sich im Westen ein neues Leben aufbauen wollten. Viel zu kurz schien jenen das eigene Leben zu sein, um im Osten auf die "blühenden Landschaften" zu warten.

Die, die dageblieben sind, krempelten die Ärmel hoch, schulten um und gingen in andere Berufe, bauten Strukturen auf, gründeten kleine und mittelständische Unternehmen, gingen Risiken ein und übernahmen Verantwortung. Und doch fühlten sie sich oft belächelt,

von oben herab behandelt und herabgewürdigt in ihrer bisherigen Lebensleistung.

Dass sie die ersehnte D-Mark, die für sie das Sinnbild der erträumten sozialen Marktwirtschaft war, so schnell wieder in eine neue Währung, den EURO, umtauschen sollten, fiel vielen sehr schwer.

In der 2. Hälfte der 90er Jahre begann der Siegeszug von Internet und mobiler Kommunikation. Hatte bis Ende 1989 im Osten kaum jemand Telefon, so hieß es nun, permanent am Ball zu bleiben oder den Anschluss zu verlieren.

Glaubten die Menschen in Ost und West, mit der Wiedervereinigung einen großen Schritt in Richtung europäischen und weltweiten Friedens gemacht zu haben, so erschütterte der Anschlag auf das New Yorker World Trade Center von 2001 endgültig diese Gewissheit.

Nicht lange danach führte die US-amerikanische Immobilienkrise zu einer weltweiten Bankenkrise, die letztendlich auf uns als Exportland, aber vor allem auf verschiedene Länder des Euro-Raumes katastrophale Auswirkungen hatte.

Den Osten Deutschlands, der sich seit 1990 um den Aufbau tragfähiger wirtschaftlicher Strukturen bemühte, trafen diese Entwicklungen dabei immer besonders hart und potenziert.

Das betrifft leider auch so manche, aus heutiger Sicht zumindest kurzsichtige, politische Entscheidung, wenn wir zum Beispiel an unser Solar Valley in Bitterfeld denken und die heutigen verzweifelten Bemühungen, es wiederzubeleben.

2015 wurde das Jahr, in dem sich auch Ostdeutsche in ihrer übergroßen Mehrheit solidarisch zeigten und eine große Zahl von geflüchteten Menschen aufnahmen und versorgten.

Mag sein, dass Fragen der Verteilung, Unterbringung und Organisation in den Kommunen manchmal unbeholfen oder unsensibel gehandhabt wurden.

Eine Partei, die zu diesem Zeitpunkt im Prinzip schon wieder von der politischen Bühne verschwunden war, nutze das Thema Flüchtende und die damit verbundenen Probleme zu ihrer Wiedergeburt.

Dass weltweite Fluchtbewegungen in einem sehr engen Zusammenhang mit einer anderen, existenziellen Menschheits-Krise stehen, dürften nur noch sehr wenige Menschen leugnen: Dem menschengemachten Klimawandel, den wir nun auch direkt vor der Haustür sehen.

Als ob das nicht genug wäre, brach im Winter 2020 eine weltweite Pandemie aus, die viele Opfer forderte und deren Bekämpfung unsere Gesellschaft auf eine harte Probe stellte.

Seit dem 24. Februar 2022 schließlich herrscht wieder Krieg in Europa. Russland hat die Ukraine angegriffen. Wieder haben auch Ostdeutsche ukrainische Flüchtende mit offenen Armen und großer Solidarität aufgenommen. Die EU hat aufgrund der Invasion weitreichende Sanktionen gegen Russland beschlossen. Als Reaktion darauf benutzt der russische Präsident Erdgas als Druckmittel gegen die EU. Durch die Verknappung von Gas ist der Weltmarkt für Energie komplett aus den Fugen geraten. Energie verteuert sich rasant und treibt die Inflation an, auch bei uns. Die Menschen haben Angst vor dem Winter und davor, ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr bestreiten zu können.

Dabei wird vielen Ostdeutschen gern Putin-Nähe unterstellt. Woher kommt das? Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass Menschen mit ostdeutscher Biografie tatsächlich ein spezielles Verhältnis zu Russland haben. Die Beschäftigung mit der russischen Sprache und Kultur war ihnen zwar von der DDR-Führung aufgedrückt worden, hat aber dennoch Spuren hinterlassen. Fast jeder ältere Ostdeutsche kann noch immer das schwierige Wort DOSTOPRIMETSCHATJELNOSTI – "Sehenswürdigkeiten" - aussprechen, weil er es bis zum Umfallen üben musste. Gern erinnert man sich an Arkadi Gaidars "Timur und sein Trupp" oder den "Zauberer der Smaragdenstadt" von Alexander Wolkow. Und wem wird nicht warm ums Herz bei der Erinnerung an die großartige Liebesgeschichte "Djamila" von Tschingis Aitmatow? Das

war doch alles russische Literatur, die berührte, die vom Aufbruch in eine bessere Welt erzählte und eine innere Verbindung zur Sowjetunion erzeugte. Dass Aitmatow Kirgise war, Bulgakow Ukrainer oder Majakowski Georgier – das spielte doch keine Rolle. Oder vielleicht doch? Und was hat das mit dem heutigen Agieren Putins zu tun? Und mit dem Recht auf Selbstbestimmung der Ukraine?

Ganz offensichtlich leben wir in einer Zeit, in der viele Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten zerbrechen, die wir Deutschen – ob Ost oder West - seit vielen Jahrzehnten hatten. Wohlstand und Frieden – und billige Energie.

All diese Krisen, die Ängste, die Sorgen und die Wut treiben die Menschen auf die Straße. Das Gefühl, doch irgendetwas etwas tun zu müssen!

Das ist auch ihr gutes Recht!

Vielen Ostdeutschen ist noch in Erinnerung, dass ihre Demonstrationen 1989 zum Fall des abgewirtschafteten Regimes führten. Deshalb rufen sie wieder "Wir sind das Volk" und demonstrieren montags.

So wichtig diese friedlichen Demonstrationen auch waren, so waren sie doch ein Teil einer viel größeren internationalen Entwicklung. Vor allem auch in der Sowjetunion – und nicht ohne Grund steht das Denkmal Michail Gorbatschows genau hier neben unserer Friedensglocke.

Dass Demokratie ein zähes Mitmach-Projekt ist, bei dem es im besten Falle um gute Ideen für unsere Gesellschaft geht, für die man Verbündete braucht und einen langen Atem – das ist für einige schwer zu akzeptieren.

Wir Politikerinnen und Politiker sind durch IHR Mandat aufgefordert worden, Antworten und Lösungen zu finden und Entscheidungen zu treffen. Fordern Sie uns. Sprechen Sie mit uns, teilen Sie uns Ihre Sorgen und Nöte mit. Wir klären, was vor Ort zu klären ist, und wir schicken die Informationen weiter in den Bund und drängen immer wieder auf Beachtung – auch bei denen, die vielleicht manchmal zu weit wegrücken von den Menschen.

Diese Arbeit ist angesichts der komplexen Situation alles andere als einfach. Es ist daher gut, sich von denen mit den einfachen Antworten fern zu halten.

Denn die Krisen können nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden, da sie existenziell miteinander zusammenhängen:

Klimaschutz oder billige fossile Energie?

Demokratie oder Diktatur?

Frieden oder Freiheit?

Internationale Hilfe oder ertrunkene Menschen im Mittelmeer?

Soziale Marktwirtschaft oder regelloser Finanzkapitalismus?

Auf unserer Dessauer Friedensglocke steht:

"Ich läute für Frieden und Freiheit

- + Ohne Freiheit kein Frieden
- + Ohne Frieden keine Freiheit"

Das ist, so denke ich, das beste Motto für unseren heutigen Feiertag.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.